

## Mecklenburg-Vorpommern

### Nachrichten

#### 20-Jähriger fährt gegen Baum

**GRIMMEN** Ein 20 Jahre alter Autofahrer ist im Landkreis Vorpommern-Rügen gegen einen Baum geprallt und dabei schwer verletzt worden. Der Polizei zufolge war der Mann gestern auf einer Landstraße in Richtung Drechow unterwegs, als er nach links von der Straße abkam und gegen den Baum stieß. Durch den starken Aufprall wurde der Motorblock aus dem Auto gerissen und blieb mehrere Meter neben diesem liegen. Der 20-Jährige wurde im Auto eingeklemmt, von der Feuerwehr befreit und in ein Krankenhaus gebracht. *dpa*

#### Weniger Holz unterm Hammer

**MALCHIN** Auf der Holzauktion des Landes am kommenden Donnerstag wird deutlich weniger versteigert in diesem Jahr. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums kommen 800 Festmeter Holz unter den Hammer, das sind rund 150 Festmeter weniger als noch im Vorjahr. Ein Festmeter entspricht einem Kubikmeter. Hauptanbieter ist die Landesforstanstalt, 15 kommunale und private Waldbesitzer beteiligen sich ebenfalls. Im vergangenen Jahr wurde ein Erlös von knapp 500 000 Euro erzielt. *dpa*



**Elf Baumarten** sollen versteigert werden – auch Buchen (Foto). FOTO: REGINA MAI

# Millionen für schöneres Wohnen

Plattenbausiedlungen verloren nach dem Mauerfall ihre Anziehungskraft / Mit dem Stadtumbau Ost wurden viele Viertel aufgepeppt

Von Frank Pfaff

**SCHWERIN/ROSTOCK** Plattenbauten sollten in der DDR schnell und effektiv Wohnraum für Millionen bringen. So entstanden Satellitensiedlungen am Rande der Städte, in historischen Altstädten mussten ganze Straßenzüge den funktionalen Betonbauten weichen und selbst in Dörfern wurden Mehrgeschossiger aus Fertigteilen errichtet.

Mit dem mehrfach umbenannten Programm Stadtumbau Ost versuchen Bund und Länder nun seit fast 30 Jahren der Konformität der Wohngebiete zu trotzen, die Einheitswohnungen aufzuwerten und das Leben in den Vierteln durch Um-, Rück- und Ergänzungsbau angenehmer zu machen. In betroffenen Städten und bei Fachverbänden wird die Förderung sehr geschätzt, wie eine Umfrage ergab.

„Das Programm ist eine Erfolgsgeschichte“, lautet das eindeutige Fazit von Andreas Wellmann, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetags in MV. Durch den Abriss nicht mehr benötigter Wohnungen sei die meist stark verdichtete Bebauung in vielen Städten merklich aufgelockert worden. Zudem hätten die Fördermittel ein Vielfaches an Investitionen ausgelöst. „In den Wohngebieten hat sich was bewegt, so dass viele Menschen bis heute gern dort leben“, sagte Wellmann. Dennoch hält er übergreifende Entwicklungskonzepte für die Viertel für nötig, damit sie auch für Familien unterschiedlicher Einkommenschichten interessant werden.

Bund und Land beteiligen sich nach Angaben des Bauministeriums in Schwerin zu gleichen Teilen an der Förderung des Städte-Umbaus, der zum Teil aber auch von den Kom-



**Ob Abriss oder Umbau:** Zahlreiche Viertel in MV wurden mit Hilfe des Stadtumbaus Ost verschönert.

FOTO: STEFAN SAUER/DPA

munen mitfinanziert werde. Von 2002 bis 2019 haben demnach Bund und Land für Projekte im Nordosten insgesamt 465 Millionen Euro bereitgestellt. 360 Millionen Euro davon seien zur Aufwertung der Wohnviertel eingesetzt worden, 105 Millionen für den Abriss nicht mehr benötigter Bauten. Laut Ministerium wurden damit etwa 360 Einzelprojekte ermöglicht.

Sämtliche für MV bereitgestellte Finanzhilfen seien bewilligt worden und hätten jeweils über einen Zeitraum von fünf Jahren eingesetzt werden können. Bislang seien etwa 31 400 zumeist wegen sinkender Einwohnerzahlen nicht mehr benötigter Wohnungen abgerissen worden. Das meiste Geld sei aber in Erweiterung und Erneuerung der Infra-

struktur geflossen. Dazu zählten Sanierung und Bau von Begegnungszentren, Kitas, Schulen, Spiel- und Sportstätten, Straßen und Grünflächen. Auch für die Modernisierung privater erhaltenswerter Gebäude würden Zuschüsse gezahlt, hieß es.

Als landesweit größte Stadt setzte Rostock nach Angaben eines Stadtsprechers beim Programm Stadtumbau Ost bislang 97 Millionen Euro ein. Von den Investitionen profitierten nicht nur Plattenbaugebiete beiderseits der Warnow, sondern auch Bereiche der Innenstadt. So sei im Petriertal ein neues Wohngebiet mit attraktiven Freiräumen, Spielflächen und interessanter Bebauung entstanden, hieß es. Laut Bauministerium konnte dank Stadtumbau-Programm

im Stadtteil Groß Klein die Wohnqualität wesentlich verbessert werden. In der Folge habe die Abwanderung gestoppt und der Wohnungsleerstand von 26 auf unter zwei Prozent gesenkt werden können. In Stralsund standen laut Stadtsprecher zwischen 2002 und 2017 etwa 45 Millionen Euro für den Stadtumbau zur Verfügung. In die Verschönerung der Welte-Stadt seien aber zusätzlich auch Mittel aus dem Denkmalpflegeprogramm geflossen.

In Neubrandenburg flossen nach Angaben der Stadt 55 Millionen Euro aus dem Gemeinschaftsprogramm in den Stadtumbau. Mit den Mitteln seien Aufwertungs- und Rückbaumaßnahmen in fast allen Stadtteilen finanziert worden. Das Programm sei auch ge-

nutzt worden, um Erschließungsstraßen zu bauen oder Schulen zu sanieren, hieß es.

Nach Auffassung des Verbands Norddeutscher Wohnungsunternehmen ist das Stadtumbau-Programm auch künftig unverzichtbar. „Angesichts des demografischen Wandels und der veränderten Anforderungen an den Wohnungsgrundriss besteht auch künftig die Notwendigkeit, alte Wohngebäude abzureißen und durch modernere zu ersetzen“, resümierte Verbandsdirektor Andreas Breitner. Das Förderprogramm stütze zudem die Konjunktur und versetze Wohnungsunternehmen in die Lage, hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum anzubieten und so für sozialen Frieden in den Quartieren zu sorgen. *dpa*

## Im Land droht ein Richtermangel

Pensionierungswelle steht bevor / Ruf nach Volljuristen-Ausbildung in Rostock

**SCHWERIN** Zur Deckung des eigenen Bedarfs an Juristen muss Mecklenburg-Vorpommern nach Ansicht der oppositionellen Linken die Ausbildungskapazitäten kräftig aufstocken. „Auch in Rostock muss der Studiengang Rechtswissenschaften dringend wieder eingeführt werden. Die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung der Absolventenzahlen in Greifswald sind zwar gut und richtig, werden jedoch nicht ausreichen, den künftigen Juristenbedarf zu decken“, zeigte sich die rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Jacqueline Bernhardt, überzeugt.

Sie weiß sich in ihrer Auffassung in Übereinstimmung auch mit dem Richterbund des Landes, der sich in der

Vergangenheit schon mehrfach besorgt über die Personalentwicklung in der Justiz geäußert hatte.

Der Rostocker Anwaltverein, ebenfalls in Sorge um den juristischen Nachwuchs, hat für Donnerstag zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Erwartet werden dazu unter anderem Bildungsministerin Bettina Martin (SPD) und Michael Mack als Vorsitzender des Richterbundes MV. Auch in dieser Gesprächsrunde soll es um Wiedereinführung der juristischen Examensausbildung in Rostock gehen.

Volljuristen mit der Befähigung zum Richteramt werden in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren nur noch in Greifswald ausgebildet. Allerdings erreichen dort längst nicht alle Studierenden das



**Wer zieht künftig die Richterröben im Land an?** FOTO: DPA

Ausbildungsziel. Jacqueline Bernhardt verwies auf Daten des Bildungsministeriums im Land. Demnach legten von den jährlich etwa 300 Immatrikulierten nur etwa ein Viertel bis ein Drittel die erste juristische Prüfung erfolgreich ab, das ehemalige erste Staatsexamen.

Zum Wintersemester 2018/2019 hätten sich 222 Studienanfänger eingeschrieben, womit die Zahl der Jura-Studenten bei insgesamt 835 gelegen habe. Demgegenüber habe es im Jahre 2018 insgesamt 315 Exmatrikulationen gegeben, zitierte Bernhardt aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion.

Nur wenige Absolventen – im Durchschnitt etwa sechs pro Jahrgang – erreichten zudem das lange Zeit als Mindestanforderung für eine Einstellung in den Landesdienst verlangte Abschlussprädikat „vollbefriedigend“. „Jedoch würde Mecklenburg-Vorpommern selbst bei einer generellen Absenkung auf ein ‚befriedigend‘ noch nicht genügend eigenen Juristenachwuchs hervorbringen,

um den Bedarf ab 2026 abzufangen“, warnte Bernhardt. Gut zwei Drittel der etwa 620 Richter und Staatsanwälte im Land sind älter als 50 Jahre. Schon in wenigen Jahren werden laut Bernhardt jährlich im Schnitt etwa 40 altersbedingt aus dem höheren Justizdienst ausscheiden. Verschärfend komme hinzu, dass sich – ähnlich wie bei Lehrern – bundesweit ein wachsender Bedarf abzeichne.

„Der Mangel betrifft nicht nur die Richter und Staatsanwälte, sondern ebenso die gesamte Anwaltschaft“, konstatierte der AfD-Landtagsabgeordnete und Jura-Professor Ralph Weber. Auch nach dessen Ansicht war die Schließung des rechtswissenschaftlichen Studiengangs an der Universität Rostock ein Fehler, der sich nun räche. *dpa*

## Mord an Maria: Falschaussage der Ex-Freundin

**STRALSUND** Gut vier Monate nach dem Urteil gegen die Mörder der 18-jährigen Maria aus Zinnowitz muss sich die ehemalige Freundin des Haupttäters heute vor dem Amtsgericht Greifswald verantworten.

Ihr wird laut Gericht Strafvorbereitung vorgeworfen. Die heute 18-Jährige soll nach der Tat in einer polizeilichen Vernehmung falsch ausgesagt haben.

Der Prozess um die Ermordung der schwangeren Maria vor dem Landgericht Stralsund hatte wegen der Brutalität der Tat Aufsehen erregt. Die zur Tatzeit im März vergangenen Jahres 19 und 21 Jahre alten Männer hatten sich nach Überzeugung des Gerichts zur Tat verabredet, weil sie einen Menschen sterben sehen wollten. *dpa*